

DIE ZEIT

Thomas E. Schmid

DIE ZEIT

3. Februar 2022

Israelkritik: Kunstfreiheit und Meinungsfreiheit sind keineswegs dasselbe

Die Diskussion um die palästinensische Propagandakampagne BDS hat die Documenta erfasst. Ab wann ist Kunst jüdenfeindlich? Wie militant darf ihre Kritik an Israel sein?

Vor etwa drei Wochen wurden gegenüber der diesjährigen Documenta in Kassel Vorwürfe erhoben, ihre Planer hätten in ihre Vorbereitung Kuratoren und Künstler einbezogen, die im Verdacht stehen, antisemitische Ansichten zu vertreten und diese in der kommenden Ausstellung auch sichtbar zu machen (ZEIT Nr. 3/22). Dabei geht es beispielsweise um Yazan Khalili, den Sprecher der nach Kassel eingeladenen Gruppe *The Question of Funding*, die sich aus dem Khalil Sakakini Cultural Center entwickelte, sein Namensgeber ein radikaler palästinensischer Nationalist und Nazi-Anhänger. Es geht um Künstler und politische Aktivisten mit Nähe zu Organisationen wie *Grassroots Al-Quds*, die zum Boykott Israels aufrufen. Es geht um Unterzeichner von Resolutionen wie *"A Letter against Apartheid"* oder *"Free Palestine/Strike MoMa: A Call to Action"*, kurz um ein Geflecht aus radikalen künstlerischen und politischen Positionen, deren Vertreter teils für die Vernichtung Israels plädieren.

Das schreckte die Documenta-Verantwortlichen auf. Eine staatlich geförderte Kulturveranstaltung von dieser Bedeutung, die antisemitischen Geist verbreitet, das wäre in Deutschland immer noch ein kulturpolitischer Skandal. Deswegen sind auf Einladung der Bundeskulturbeauftragten Experten am Werk, die sich über das Flechtwerk ein Urteil bilden sollen. Strittig ist die Bewertung von Sympathien für eine Sache, deren Mittel nicht immer friedlich sind. Aber ist das schon Antisemitismus?

Es empfiehlt sich, mit dem Aufregungswort behutsam umzugehen. Doch ohne es funktioniert die ganz scharfe Unterscheidung auch nicht: Weder ist eine propalästinensische Haltung antisemitisch, noch ist sie es schlechterdings nicht. Es gibt da einen Bereich mit Zwischentönen. Er hat mit dem Einfluss von *Boycott, Divestment and Sanctions* (BDS) zu tun, jener medialen Propagandakampagne der Palästinenser seit Ende der zweiten Intifada. Der in dieser Kampagne verbreitete Jüdenhass kann sehr wohl als eine Form des Antisemitismus bezeichnet werden.

Starten Sie mit unserem sehr kurzen Nachrichten-Newsletter in den Tag – von Montag bis Samstag.

Wenn Deutsche das Wort erwähnen, ist meistens die ethnische Herabsetzung gemeint, die sich aus Rasselehren herleitet. Das A-Wort ruft Herrenmenschentum und Auslöschung ins Gedächtnis, und noch immer strapazieren die extremen Rechten das rassistische Ressentiment. Im nahöstlichen Kontext spielt es keine Rolle. Die Judenfeindschaft ist dort eine Sache der Territorialität, sie heizt sich mit Nationalgefühlen, gebrochenem Stolz und Gerechtigkeitsfragen auf, wo Palästinenser und Juden zusammenleben müssen. Und weil global gesehen der deutsche Antisemitismus eine Randerscheinung geworden ist, fühlt sich der Stammtisch befreit: "Man wird ja wohl noch Israel kritisieren dürfen!"

Man darf, und es geschieht auch. Gleichwohl verfügen viele Juden, wo immer sie leben, über ein aus historischer Erfahrung geschärftes Gehör. Sie nehmen wahr, in welcher Weise Israel kritisiert wird und mit welchen Untertönen. Nichtjüdische Deutsche, die noch wissen, was die Schoah war (es sind nicht mehr so viele, wie eine Befragung des World Jewish Congress jüngst ergab), könnten sich sagen: Ein feines intellektuelles Gehör, das wäre eine Lehre aus der Geschichte auch für uns.

Was geschähe, wenn die Documenta militanten antiisraelischen Auffassungen eine Bühne bereitet, die immerhin als antisemitisch bewertet werden können? BDS will Israel und das israelische Modell niederringen, will einen Staat der palästinensischen Mehrheitsgesellschaft, so steht es in den Programmklärungen. Seit Jahren ruft BDS zum kulturellen Boykott des Landes auf. Die Verurteilung Israels als Apartheid-Staat hat sich seit der ersten "Durban-Konferenz" und ihrem NGO-Forum 2001 international beinahe durchgesetzt, die rabiate Tonlage hat sich schnell verbreitet, auch im Kunstbetrieb und im akademischen Raum, besonders im postkolonialistischen Theoriemilieu. Ein Schelm, wer das nicht sagen mag.

Offen ins BDS-Gefecht ziehen derzeit nur ein paar alternde Rockstars aus Angelsachsen. In Deutschland erhält sich eine gewisse Bekenntnisscham: Sympathien werden nur angedeutet, beispielsweise indem man die Kritik an BDS kritisiert, das jedoch entschlossen. Inzwischen geht es dabei nicht mehr so subtil zu wie Ende 2020 bei den Unterzeichnern der "Initiative GG 5.3 Weltoffenheit". Die distanzieren sich pflichtgemäß von BDS, wollen Thesen und Tonlage der Kampagne aber weiter öffentlich vernehmlich halten, ohne direkt etwas damit zu tun zu bekommen. Man könnte sagen: Sie beschweigen diese Ziele kommunikativ; so dezent sind die BDS-Sympathisanten heute nicht mehr.

Lange vor dem Streit um die Documenta war es bereits verzwickelt: Radikale Kritik an Israel im Fahrwasser von BDS diente mehrfach dazu, vor einer Gefährdung der Meinungsfreiheit zu warnen. Wer dann wiederum BDS kritisierte, schien folglich die Freiheit anzugreifen, was entsprechend die Zerstörungsfantasien gegenüber Israel gegen Kritik immunisierte. Und dass der Bundestag eine Resolution gegen BDS verabschiedet hat, hilft auch nicht weiter. Nicht einmal politisch besonders klug war der Beschluss, denn er will selbst nur freie Meinung sein, verknüpft diese aber mit einem Handlungsauftrag an Behörden: in Zukunft keine Veranstaltungen zu fördern, bei denen BDS-Anhänger auftreten. So fuchelt der Staat mit dem Knüppel in einer

gesellschaftlichen Diskussion und erzeugt den Anschein von Zensur. Die Documenta erbt den ganzen Streit nun, allerdings wollte sie ihn auch für sich nutzen.

Die Verantwortlichen der Schau vertrauten darauf, dass niemand ihren Kniff bemerkte: Die Einladung an militante Israelkritiker setzte voraus, dass Kunstfreiheit und Meinungsfreiheit dasselbe seien, genauer, dass diese Gleichsetzung geglaubt wird. In einer stillschweigend unterstellten Einheit von Ansicht und Ästhetik dürfte dann alles gesagt werden, auch dass Israel ein Schurkenstaat sei und wieder von der Landkarte verschwinden möge. Die viel beschworene historische Verantwortung der Bundesrepublik bliebe dann außen vor, wäre jenseits der Kunst nur Staatsfolklore und autoritäre Fensterrede – wie das ja der australische Historiker A. Dirk Moses schon länger behauptet.

Aber so simpel ist es nicht. Kunst- und Meinungsfreiheit sind keineswegs dasselbe, und sie fallen auch nicht magisch ineinander. Erstere ist dem Künstler Lizenz, zu äußern, was er fühlt und denkt, in einem Kontext des Spiels und der Uneigentlichkeit, der ihn schützt, weil darin nur er für seinen Spleen verantwortlich ist. Spricht er hingegen in der Meinungssphäre, erhebt er Allgemeinheitsansprüche; er trifft auf andere Empfindlichkeiten und positioniert sich in Zusammenhängen, die immer auch politisiert sind.

Die Verantwortung ist dort größer. Als Anselm Kiefer und Jonathan Meese den Hitlergruß entboten, war die Verwirrung groß, und in Meeses Fall musste sogar ein Gericht entscheiden, ob das Kunst war oder Gesinnung. Die Documenta-Veranstalter können nicht so tun, als seien sie auf dieselbe Weise überall zu Hause. Weder ist die Politik schon zur Kunst geworden, noch ist die Kunst Politik. Genau den Eindruck wollte eine als radikal sich verstehende Kunst in den vergangenen Jahren erzeugen, und genau daraus, aus der gezielten Verwischung der Redeverantwortlichkeiten, zog sie den Honig ihres "Politischen".

Im Zuge solcher Taktiken wird es wichtiger, genauer hinzuhören, wie geredet wird und welche Begriffe sich durchsetzen, in der Kunst und anderswo. Vielleicht hätten die Verantwortlichen der Documenta mehr aufs Unterscheiden als aufs Mitreden setzen sollen. Die Delegitimation des jüdischen Staates ist eine geduldige Begriffspolitik. Ihre Masche besteht darin, Redeformen und geschichtliche Ereignisse wie mit einem Magneten zu entstellen, damit sie so aussehen wie andere: Palästinenser werden dann zu Schwarzen, Juden werden zu Nazis. Jede dieser beständig wiederholten Gleichsetzungen verwischt die Grenze zwischen Kritik und unversöhnlichem Hass.

Ja, sicher, eine Menge läuft schief in der israelischen Gesellschaft, und die Siedlungspolitik befördert den Friedensprozess keineswegs. Doch ist das selbstverständlich nicht Faschismus, wie von BDS behauptet wird, ebenso wenig Kolonialismus oder Apartheid. Diese Wortwahl ist eine methodisch betriebene Übertreibung, eine Verzerrung, weil historisch konkrete und hässlichere Dinge mit diesen Begriffen bezeichnet werden, ebenso wie "Genozid" oder "ethnische Säuberung" für schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit stehen, aber nicht für die Gründung Israels. Und wenn diese von Historikern eigentlich mit Vorsicht verwendeten Ausnahmebegriffe so tun, als würden sie die heutige Lage im Nahen Osten beschreiben, dann radikalisieren sie die Haltung gegenüber Israel. Jede Form des Protests oder des Boykotts erscheint sodann als gerechtfertigt.

Wer das Vokabular verwendet, trägt also zur Eskalation bei. Sie und er will es so und tut ganz baff, falls es erwähnt wird. Das Spiel muss man nicht mitspielen. Man muss nicht akzeptieren, dass Israel gesagt und seine Vernichtung gemeint wird. Man kann diese Rhetorik zurückweisen, und vielleicht wäre dies der trockene, unsentimentale Rest historisch aufgeklärter Moral in der bundesdeutschen Zivilgesellschaft, ganz ohne A-Wort und ohne Unterstützung für die jüdischen Siedler im Westjordanland.

BDS verbindet mit der zerstörenden Kritik an Israel – Aufschrei gegen den postkolonialen Skandal – eine gezielte Beeinflussung des globalen Austausches über Politik. Das soll auch andere Redeweisen infiltrieren, auch die künstlerische. Kiefers und Meeses Hitlergrüße waren dadaistische Spiele mit deutschen Empfindlichkeiten; BDS will mehr und anderes, und wenn diese ganz konkreten Ziele auf der Documenta sich auch nur eine Bühne suchen könnten, wäre das Spiel schon ernster, und Kunst erhöhe in anderer Weise Allgemeingeltungsansprüche. Weder spräche daraus der bessere Teil der Menschheit noch das Menschenrecht, noch die Kultur oder die Kunst an sich. Nur die elektronische Intifada.

An diese Hintergründe der Debatte zu erinnern heißt nicht, die Documenta vorzuverurteilen. Wieso sollten die Kuratoren des indonesischen Kollektivs ruangrupa nicht genau unterscheiden? Sie können das vorführen, können die bisherige Diskussion aufnehmen und gegenüber den neuen Formen des Judenhasses misstrauisch sein. Als soziale, kulturelle und religiöse Wirklichkeit ist der globale Süden das interessanteste Thema für Kunst überhaupt, auch wenn es nun etwas schwieriger geworden ist. Und zwar nicht, weil nach dem alten deutschen Antisemitismus gefahndet wird; den findet man nicht. Vielmehr haben sich die Erwartungen aufgliedert: Auf der einen Seite steht jede Documenta unter dem Druck, innovativ sein zu müssen. Auf der anderen Seite beharren postkoloniale Aktivistinnen und Aktivisten auf dem Vertrauten, auf ihrem Sound, auf der Wiederholung all der verzerrten Diagnosen, die man schon kennt und die seit je durchs Netz geistern, auf die Schlagworte, die in Seattle ebenso gehört werden wollen wie in London oder Berlin, überall auf der Welt.

Wenn die Documenta diesen BDS-Sprech dann trotzdem verbreitet, bestätigte sich der Vorwurf der aggressiven Judenfeindlichkeit, ob man ihn nun Antisemitismus nennt oder Agitation. Die Documenta wird in einem solchen Fall politisch aufgeregt, aber künstlerisch langweilig gewesen sein.

© Alle Rechte vorbehalten DIE ZEIT. Zur Verfügung gestellt vom DIE ZEIT Archiv